

1. GEMAINSAM ZUKUNFT GESTALTEN 2022



1. Mai – Tag der Arbeit

Alle Veranstaltungen der Region – in Lüneburg, Uelzen, Celle, Lüchow und Soltau ... **Seite 16**

Quellen: DGB

Weitere Inhalte

- Niedersächsische Landtagswahl 2022 S. 2
- Engagement gegen Rechtsruck S. 3
- Inflationsdruck S. 7
- Wohnungspolitik S. 8
- Gewerkschaftliche Jugendarbeit S. 8
- Mindestloohnerhöhung S. 12
- Aufwertung im Sozial- und Erziehungsdienst S. 13
- Schulpolitik S. 8 + 15



Transformation ...

Ob Klimaneutralität, Digitalisierung oder neue globale Lieferketten: Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft stehen vor umfassenden Veränderungen. Veränderungen, die die Gewerkschaften zukunftsfähig gestalten wollen ... **Seite 4**



Gesundheitsversorgung gestalten

Krankenhausplanung muss hochwertige Versorgung in der Fläche und gute Arbeitsbedingungen gewährleisten. Weder Krankenhausschließungen noch die Ausgliederungen oder Privatisierungen sind eine Antwort auf die aktuellen Probleme des Gesundheitswesens ... **Seite 9**

Betriebsratswahl 2022

Du willst einen sicheren Job und faire Bezahlung? Genug Zeit für Familie, Freizeit und Weiterbildung? Eine Stimme die Deine Interessen wirkungsvoll gegenüber dem Arbeitgeber vertritt? Dann nimm an der Wahl teil! **Seite 14**



MIETEN STOPP!

WWW.MIETENSTOPP.DE

Niedersachsen vor Ort gestalten

Anforderungen an die zukünftige Landespolitik

Nicht nur wenn die Wirtschaft schwächelt – wie jetzt in der Corona-Pandemie – sind staatliche Ausgaben und Investitionen gefragt. Auch zum Erhalt wichtiger Infrastruktur, für die Stärkung öffentlicher Daseinsvorsorge, für die Verbesserung von Bildungschancen und für Investitionen in eine zukunftsfähige Wirtschaft braucht es die öffentliche Hand. Hier ist das Land Niedersachsen gefragt, wichtig dabei: Welche politischen Ziele verfolgt die Landesregierung bei den Entscheidungen für zukünftige Ausgaben?



Matthias Richter-Steinke Foto: DGB

immensen gesellschaftlichen Herausforderungen ausgerichtet sein. Sie dürfen eine gerechte sozial-ökologische Transformation Niedersachsens und seiner Kommunen nicht aus dem Blick verlieren. Denn die Menschen in Niedersachsen haben ein Anrecht auf gute Kitas, Schulen und Universitäten, hochwertige Krankenhäuser, funktionierende Verkehrswege, schnelles Internet, bezahlbare Wohnungen und eine intakte Umwelt.

Soltau
ÖPNV verbessern!

die Bereitstellung weiterer öffentlicher Mittel ein – und haben Vorschläge zur Finanzierbarkeit vorgelegt! Zum Beispiel kann eine Landeswohnungsbaugesellschaft mithilfe eines Landesfonds Kommunen dabei helfen mehr bezahlbaren Wohnraum anzubieten. Andererseits müssen Investitionen in die regionale Verkehrsinfrastruktur unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Akteure vorangetrieben werden, damit die Verkehrswende gelingt und z.B. attraktive Stadt- oder Regionalverkehrskonzepte entstehen. Dann werden sie auch angenommen. In diesen und vielen anderen

Uelzen
Eine gute Schule für alle!

Eine moderne und klimagerechte Infrastruktur ist die Grundvoraussetzung für eine zukunftsfähige und nachhaltige Wirtschaft mit guten Arbeitsplätzen und für ein gutes Leben. Dafür muss Geld in die Hand genommen werden! Ein Spardiktat hingegen kommt einem Aufgeben gleich!

Dannenberg
Regionale Gesundheitsversorgung stärken!

wichtigen Themen werden wir Gewerkschaften die Parteien mit ihren Programmen zur kommenden Landtagswahl im Oktober messen – und mitgestalten.

Alle unsere Forderungen im Detail unter: niedersachsen.dgb.de

Matthias Richter-Steinke
(DGB-Geschäftsführer Region Nord-Ost-Niedersachsen)

Celle
Tarifflicht stoppen!

Das Land Niedersachsen muss seine Kommunen darum stärker unterstützen, damit diese Ziele erreicht werden. Die Gewerkschaften setzen sich daher für ein Investitionsprogramm und

drängen wir z.B. darauf, dass nur noch Unternehmen öffentliche Aufträge und Förderung erhalten, die Tarifverträge anwenden, Mitbestimmung einhalten und deren Beschäftigte von guten Arbeitsbedingungen profitieren. Denn gute Bezahlung und sichere Jobs sorgen wiederum auch für höhere Steuereinnahmen und stabile Wirtschaftsstrukturen.

Lüneburg
Bezahlbares Wohnen!

Für uns Gewerkschaften ist klar, dass nicht egal sein kann wer wofür wieviel Geld erhält! Daher

Winsen/L.
Bedarfsgerechte & gute Kinderbetreuung!

Die längst überfällige Reformierung des Landestarifreue- und Vergabegesetzes oder bestehender Förderkriterien muss daher mit einer Stärkung der Gewerbeaufsicht und nachhaltigen kommunalen Beschaffungsrichtlinien einhergehen. Gleichzeitig müssen die Ausgaben – also das Wofür – auf die

Für Freiheit, Menschlichkeit und Solidarität!

Das Aufstehen gegen Rassismus Festival (AgR) geht in eine neue Runde

Ein breites Bündnis hat sich bereits 2016 zusammengeschlossen, um das Festival in Uelzen auf die Beine zu stellen und zu zeigen „Uelzen bleibt bunt“. Der DGB Kreisverband Uelzen ist seit Beginn mit von der Partie und unterstützt das Festival finanziell und auch tatkräftig durch das Mitwirken bei der Planung und am Tag des Festivals selbst.



Mit tollen Bühnen Acts ...

In den vergangenen beiden Jahren ist es etwas ruhiger geworden. Die Pandemie hat auch in Uelzen für eine Auszeit gesorgt. Umso wichtiger für alle Beteiligten, dass die Entscheidung gefallen ist für 2022 wieder ein



Engagement von Jung und Alt ...

Fotos: Florian Schänfeld

Festival zu organisieren. Jedes Mal bedeutet das ... oh ha, was tun wir uns da an?

Eine Menge Arbeit braucht es, um das Festival dann auch wirklich zu einer gelungenen Veranstaltung werden zu lassen. Musik ist ein wichtiger Bestandteil und sorgt auch immer für eine tolle Stimmung. Aber was ist gerade angesagt? Welche Inhalte werden transportiert? Kriegen wir mit dem kleinen Budget interessante Bands und Künstler*innen? Diese Herausforderung stellt sich immer wieder. Aber es macht auch sehr viel Spaß die Anfragen an die Agenturen zu stellen oder mit den Künstler*innen selbst zu sprechen. Die sind oft begeistert,

dass nicht nur in Hamburg oder Hannover was los ist, sondern hier im ländlichen Raum Leute einfach mal machen und ein cooles Festival mit einer klaren politischen Aussage organisieren. Chapeau!

„Rassistisches Denken, Bewerten und Handeln haben viele von uns von klein auf an gelernt. Es ist schwierig, sich einzugestehen, dass wir – unbewusst oder sogar gegen unsere Absicht – rassistisch sind. Das Bewusstsein zu schärfen und Rassismus im Alltag entgegenzutreten ist keine leichte Aufgabe und erfordert manchmal viel Mut und Selbstbewusstsein,“ sagt Basti Roglin, der Sohn der KV Vorsitzenden Jürgen Roglin. Auch er war mit der Gewerkschaftsjugend des DGB immer aktiv dabei und freut sich, dass es wieder los geht.

Auch in der Pandemie hat sich gezeigt, dass extreme Rechte und Rechtspopulisten die Ängste und Sorgen der Menschen ausnutzen. Darum müssen wir Haltung zeigen und klar machen für was für eine Gesellschaft wir uns einsetzen.

Sprechblase oder Kasten: „Beim Aufstehen gegen Rassismus Fes-

tival wollen wir genau das: Zeigen, dass Uelzen bunt und solidarisch ist und das bei uns kein Platz für Rassismus, Homophobie und Ausgrenzung ist“, so Jakob Blankenburg, der Vorsitzende des extra für das Festival gegründeten Vereins Uelzen bleibt bunt e.V.



... und toller Unterhaltung

Allen Mitwirkenden ist es wichtig den Gedanken mit Leben zu füllen, ein solidarisches Miteinander in einer offenen Gesellschaft zu erreichen. In der Vielfalt und Menschlichkeit keine leeren Worthüllen bleiben, sondern im alltäglichen Zusammenleben Normalität werden. Wir sind gemeinsam stark und melden uns zu Wort! Gegen Rassismus, jetzt!

Dirk Garvels



Gewerkschaften gestalten den Wandel

Transformation der Arbeitswelt

Fünf Fragen an Jan Orbach (Bezirksgeschäftsführer ver.di Bezirk Hannover-Heide-Weser) und Lennard Aldag (1. Bevollmächtigter IG Metall Celle-Lüneburg).

Welche Branche der Region ist aus Sicht der ver.di zurzeit besonders von Umbrüchen betroffen?

Jan Orbach: Die gesamte Arbeitswelt befindet sich in einem stetigen Wandel mit Umbrüchen und auch neuen Arbeitsformen. In zahlreichen Dienstleistungsbranchen nimmt dieser Wandel an Geschwindigkeit zu und das auch in unserer Region. Die Energiewende stellt unsere Stadtwerke und Netzbetreiber vor große Herausforderungen: Vom Ausbau erneuerbarer Energien, über den Netzausbau und -modernisierung, hin zu Fragen neu entstehender Geschäftsfelder z.B. im Bereich Wasserstoff. Für die Mobilitätswende brauchen wir dringend einen konzentrierten Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs – perspektivisch natürlich mit Elektrobussen und passgenauen Angeboten – insbesondere im ländlichen Bereich. Transformation bedeutet immer auch Digitalisierung: Fast alle Betriebe, Dienststellen und Verwaltungen digitalisieren ihre Produktions- und Verwaltungsschritte nachhaltig. Unsere Aufgabe ist es hier die Arbeitsrechte der Beschäftigten (u.a. Verhaltenskontrollen, Datenschutz usw.) im Auge zu behalten und



Jan Orbach, Bezirksgeschäftsführer ver.di Bezirk Hannover-Heide-Weser

Eingriffe darin gemeinsam mit Interessenvertretung und Beschäftigten abzuwehren. „Digitalisierung“ ist kein „Projekt“, wie es von so manchen Arbeitgeber*in verstanden und bearbeitet wird. Wir haben es hier mit einem anhaltenden Prozess zu tun – diesen im Sinne von Beschäftigung und Beschäftigten zu füllen, darin sehen wir eine unserer Aufgaben als ver.di. Auch im Handel wird digitalisiert, transformiert und umstrukturiert – leider nur in Ausnahmefällen zum Wohle der Beschäftigten: Digitale Formen der Arbeitsorganisation ermöglichen teils weitgehende Kontrollen und Überwachungen ganzer Belegschaften während sich die Arbeit oft in einem nie dagewesenen Ausmaß verdichtet.

Und wie sieht es im Bereich der IG Metall aus?

Lennard Aldag: Der Megatrend „Mobilitätswende“ betrifft natürlich die gesamte Wert-

schöpfungskette der Automobilindustrie. Und dies bedeutet in unserer Region zuallererst einmal die Zulieferer, Händler und Werkstätten. Zum Einen verändert sich durch den Wandel zum Elektroantrieb das Produkt „Auto“ in seinem Kern, zum Anderen geschieht dies gleichzeitig mit einer erheblichen Digitalisierung der Fahrzeuge bis hin zum autonomen Fahren. Solche Umwälzungen werden natürlich nicht „mal eben“ geräuschlos von statten gehen, ganz im Gegenteil.

Gleichzeitig spielt die Dekarbonisierung, also der Wandel hin zu einer Co2 freien Wirtschaft, auch in allen anderen Industriezweigen eine immer stärkere Rolle. Energieintensive Betriebe stehen dabei vor geradezu monströsen Herausforderungen. Auch im Handwerk spielen die Digitalisierung von Produkten und Arbeitsinhalten eine immer stärkere Rolle.

Wie viele Kolleg*innen sind davon betroffen und wohin entwickelt sich Ihre Arbeitswelt?

Jan Orbach: Es sind wohl annähernd alle Kolleg*innen davon betroffen, wenn auch sicher in unterschiedlicher Intensität. Wohin sich die Arbeitswelt unserer Kolleg*innen insgesamt entwickelt, ist wohl schwer zu konkretisieren – es wird digitaler, es wird schneller. Heilsversprechen von besseren Arbeitsbedingungen, gesunderhaltenden Tätigkeiten oder gar einer Arbeitszeitverkür-

zung bewahrheiten sich nicht. Ohne Gewerkschaften drohen sich Arbeitsverhältnisse zu prekarisieren. Als Gewerkschaften können wir Arbeitsbedingungen verteidigen, sie immer wieder ausbauen und mitgestalten. Hierfür brauchen wir jedoch die Unterstützung der Kolleg*innen. Ohne diese Unterstützung sind Arbeitsbedingungen in ernster Gefahr.



Lennard Aldag: Gerade in der automobilen Wertschöpfungskette werden sich die Arbeitsinhalte erheblich verändern und wir müssen aufpassen, dass sich dabei die Arbeitsbedingungen nicht verschlechtern. Wenn denn überhaupt noch Arbeit da ist. Dieses Problem wird mir viel zu oft mit einer Handbewegung vom Tisch gewischt nach dem Motto „wo gehobelt wird da fallen Späne“. „Späne“ in diesem Zusammenhang wären allerdings alleine in unserer Region tausende von Arbeitsplätze an denen wiederum Familien und andere Arbeitsplätze hängen. Konkret gesprochen: Mag sich jemand vorstellen, was es für das Wendland bedeuten würde,



Lennard Aldag, 1. Bevollmächtigter IG Metall Celle-Lüneburg

wenn bei den Automobilzulieferern SKF und Musashi in Lüchow mit insgesamt 1000 Beschäftigten die Lichter ausgehen? Ist allen bewusst, dass alleine in Lüneburg am Bilmer Berg mehrere Hundert Menschen mit dem Verkauf, der Wartung und Reparatur von PKW und Nutzfahrzeugen ihren Unterhalt bestreiten? Das sind Tausende in der ganzen Region. Was bedeutet der „Megatrend“ Mobilitätswende für diese Kolleg*innen?

Um hier keine falschen Vorstellungen aufkommen zu lassen: Das alles bedeutet auf keinen Fall den Kampf gegen den Klimawandel mit dem Verweis auf die Arbeitsplätze zu behindern oder gar einzustellen. Das Problem ist real und uns schwindet die Zeit notwendige Veränderungen durchzusetzen. Gerade

deswegen darf man aber die berechnete Existenzangst von großen Teilen der Beschäftigten nicht schulterzuckend beiseiteschieben und die soziale Frage des Klimawandels ignorieren. Wir werden diese Kolleg*innen, ihr Engagement und Know How brauchen um nachhaltigen Klimaschutz zu betreiben.

Welche Strategien verfolgen die Sozialpartner in dieser Transformation?

Lennard Aldag: Ehrlich gesagt ist von „Sozialpartnerschaft“ oftmals nichts zu spüren. Es drängt sich eher der Eindruck auf, als würden viele Arbeitgeber jetzt noch mal auf Kosten der Belegschaften das sprichwörtlich Letzte herausquetschen wollen. Konkretes Beispiel ist hier vielleicht der Automobilzulieferer Musashi in Lüchow. Nachdem der Arbeitgeber es über Jahre verschlafen hat über die Folgen der Transformation nachzudenken und einen zukunftsfähigen Plan für die eigenen Produkte zu entwickeln, hat er es auf einmal ganz eilig. Und fordert von den Beschäftigten zuerst einmal den Verzicht auf tarifvertragliche Leistungen wie das Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Im Gegenzug bietet er nichts an. Weder Zukunft noch Beschäftigungs-



sicherung. „Problem“ für den Arbeitgeber ist allerdings: Die Beschäftigten lassen sich nicht veräppeln und sind gut organisiert. Daher werden die Kolleg*innen gemeinsam mit ihrer IG Metall in die Offensive gehen und fordern einen Zukunftstarifvertrag. Und diesen werden die Beschäftigten zur Not auch mit Streik durchsetzen.

Ansonsten wird die IG Metall überall dort wo Arbeitgeber lieber mit als gegen ihre Beschäftigten transformieren gemeinsam mit den Betriebsräten über notwendige Veränderungen sprechen und diese aktiv mitgestalten. Aber wie gesagt: Im Zweifel werden die Kolleg*innen nach dem Motto „Zukunft oder Widerstand“ verfahren.

Jan Orbach: In vielen der zuvor genannten Branchen, gestaltet ver.di die Transformation

auf betrieblicher Ebene gemeinsam mit den Interessenvertretungen und den Arbeitgeber*innen. Wir schließen Tarifverträge zur Einführung neuer Arbeitsnormen, gestalten Digitalisierung auf tariflicher und betrieblicher Ebene und beraten Mitglieder und betriebliche Interessenvertreter*innen kontinuierlich. In Branchen wie der Energiewirtschaft und zahlreichen weiteren, haben wir uns gemeinsam mit Arbeitgeber*innen auf einen guten Weg machen können. In anderen Branchen werden Gewerkschaften und die Beteiligung von Beschäftigten noch immer als Angriff aufgenommen. Dies sind dann auch die Branchen, die ihre Erfolge auch auf einem permanenten Druck auf die Arbeitsbedingungen ihrer Beschäftigten aufbauen.

Fortsetzung auf Seite 6

Gemeinsam

für Gute Arbeit & sichere Jobs

Gewerkschaften gestalten den Wandel

Transformation der Arbeitswelt – Fortsetzung von Seite 4/5

Welche Unterstützung wünscht Ihr Euch von der Politik?

Jan Orbach: Die Politik muss die auf allen Ebenen laufende Transformationsprozesse begleiten. Für gute Arbeit und einen stabilen, regionalen Arbeitsmarkt. Im ländlichen Raum ist dies nochmal umso bedeutender: Gute Arbeit sichert der Politik stabile Einnahmen und hält auch junge Familien in der Region. Dieser Auftrag der Begleitung von Transformationsprozessen, bedeutet aber eben auch Gewerkschaften wie ver.di einzubeziehen, ihre Expertise ernst zu nehmen (wer spricht sonst glaubhaft für die Interessen der Beschäftigten!?) und Arbeit aktiv gestalten zu wollen.



Letzteres erleben wir durchaus unterschiedlich. Die Politik hat viele Instrumente zur Hand – es gilt sie zu nutzen, transparent und beteiligungsorientiert.

Lennard Aldag: Politik wäre klug beraten öfter aus der eigenen Blase auszusteigen. Um erfolgreich Wirtschaft und Infrastruktur sozial und ökologisch

nachhaltig zu transformieren, brauchen wir einen ganzheitlichen Ansatz. Wenn wir es nicht schaffen alle Menschen mitzunehmen werden wir nicht erfolgreich sein im Bestreben das Klima nachhaltig zu schützen. Wenn wir Menschen erklären, dass ihr sozialer Abstieg leider notwendig ist, während wir selber davon nicht betroffen sein werden gefährden wir die Demokratie. Hier ist Politik gefragt alle mitzunehmen, sozial und ökologisch. Dort wo es um die Beschäftigten geht müssen auch ihre Gewerkschaften einbezogen werden. Dafür sind wir bereit.

Interview
Matthias Richter-Steinke
(DGB)

Weitblick gefragt

Der DGB fordert neue Strukturpolitik

Um Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft zukunftsfähig zu gestalten braucht es nach Ansicht des DGB eine präventive Strukturpolitik mit einem handlungsfähigen Staat, der einschreitet, bevor Strukturbrüche auftreten. Gefragt ist eine beteiligungsorientierte Strukturpolitik, die zukünftige Prozesse vorausschauend in den Blick nimmt – also proaktiv wirkt. Wichtig dabei: Je vielfältiger, nachhaltiger und innovativer die regionale Wirt-

schaftsstruktur, je stärker die kommunale Daseinsvorsorge und Bildungslandschaft und je stärker und handlungsfähiger öffentliche Institutionen und die Zivilgesellschaft, umso resilienter und widerstandsfähiger (re-)agiert eine Region in Krisen und Veränderungsprozessen. Akteure vor Ort müssen über Informationen, Know-how sowie personelle und finanzielle Ressourcen verfügen, um die Transformation zu gestalten

und strategisch anzugehen. Transformationsräte und -netzwerke helfen dabei. Aus Sicht der Gewerkschaften müssen in diesen Prozessen vor allem die Beschäftigten, ihre weitere



Qualifizierung und gute Arbeitsbedingungen im Mittelpunkt stehen. Unabdingbar dabei: starke Mitbestimmungsstrukturen in den Betrieben! Damit die

Menschen in der Transformation mitgenommen werden, ist entscheidend, dass die Prozesse sozial gerecht finanziert werden. Dazu braucht es massive öffentliche und private Investitionen - keine schwarze Null! Wichtige Instrumente sind ein staatlicher Transformationsfonds, Klimaschutzverträge sowie Beschaffungsquoten für klimaneutrale (Vor-)Produkte. Diese und andere Forderungen hat der DGB in einer Transformationscharta festgehalten. Mehr unter: www.dgb.de/-/btO

Matthias Richter-Steinke
(DGB-Geschäftsführer Region Nord-Ost-Niedersachsen)

Steigende Kosten

Transferleistungsbezieher*innen in der Energiepreisfalle!

Mittlerweile klagen viele Arbeiter*Innen über finanzielle Probleme, ausgelöst durch die extrem hohen Energiepreise und Inflation im Lande. Es trifft einige von ihnen schon sehr hart, sodass sie sich ziemlich in ihren Haushalten einschränken müssen. Wenn es in diesem Jahr für sie vielleicht Entgeltanpassungen gibt, können die entstandenen und entstehenden Verluste möglicher Weise ausgeglichen werden.

Doch Transferleistungsbezieher*innen, die ohnehin schon mit dem wenigen Geld bei normaler Preislage auskommen müssen, rutschen jetzt erst recht ab. Teilweise haben die Energieversorger die Anschlüsse gesperrt, da die Kunden die Abrechnungen oder Abschläge nicht mehr bezahlen können. Wenn, dann liegen schon nicht mehr viel Lebensmittel im Kühlschrank oder der Speisekammer.

Inzwischen hat die Regierung dies auch erkannt und ein Heizkostenzuschuss Paket mit ca. 190 Millionen Euro für ca. 2,1 Millionen Bedürftige auf den Weg gebracht. Die Unterstützung soll eine Einmalzahlung für Wohngeldbezieher sein. Auch für Studierende mit Bafög, Bezieher von Aufstiegs-Bafög und Bezieher von Ausbildungsbeihilfe wurden diese Hilfen erweitert. Folgende Beträge soll es geben: Allein lebende Wohngeldbezieher 135 Euro, Zweipersonen Haushalte 175 Euro und für jede weitere Person 35 Euro, Studieren-



Immer weniger drin – immer höhere Kosten Foto: Friedhelm Korth

zug auf Energie, einigermaßen abzudecken? Die Antwort: Natürlich nicht! Wie es das Wort „Zuschuss“ schon sagt, ist es halt nur ein Zuschuss. Hier erwarten wir vom DGB Kreisverband Lüchow-Dannenberg viel mehr Hilfen für die Transferleistungsbezieher, zumal die Regierung durch die hohen Energiepreise reichlich mehr Steuereinnahmen zu verzeichnen hat, als sie an Zuschüssen zur Verfügung stellen will. Ebenfalls sind die Kommunen in den Stadt- und Landkreisen aufgefordert die Transferleistungsbezieher ebenfalls mit finanziellen Mitteln zu unterstützen. Ansonsten rutschen die Kollegen*Innen durch die Energiepreisfalle noch weiter in ein tieferes Loch. Unsere Forderung lautet daher: Handelt jetzt und nicht erst, wenn es zu spät ist!

Friedhelm Korth (DGB KV Lüchow-Dannenberg)

ENERGIE: Niedriges Einkommen – hohe Belastung

Der Anteil der Ausgaben für Strom, Heizung und Warmwasser an sämtlichen Konsumausgaben beträgt bei Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen ...



Januar 2022 Quelle: Hans-Böckler-Stiftung

Walsrode: Endlich bezahlbar wohnen

In der City nur noch Wohnungsbau für weit über 10,00 Euro?!

Wohnraum und Barrierefreiheit muss man sich hier erstmal leisten können. In Walsrode gibt es nur noch 48 Alten- und 10 Mietwohnungen, die als öffentlich gefördert gelten. Deren Zweckbindung läuft schon Ende 2026 aus.

Laut Nds. Wohnraumfördergesetz sollen jene Haushalte mit gefördertem Wohnraum versorgt werden, die am Markt leer ausgehen. Das sind vor allem solche mit Kindern, Menschen mit

Behinderung und Ältere. Nach einer Auswertung der Bundesregierung (DS 20/290, S. 22/23



Fritz und Jörg vor dem Exklusiv-Bau, 4.2.2021 Foto: C. Braun

und DS 20/311, S. 36/37) wird rund ein Drittel der heute normal Vollbeschäftigten eine Rente von weniger als 1.300 Euro/mtl. haben. Zuletzt gebaute Walsroder Wohnungen werden zu Warmmieten weit über 10 Euro/qm angeboten.

RentnerInnen und Geringverdienende kämpfen um eine immer kleiner werdende Zahl an erschwinglichen Wohnungen. Wenn man zusätzlich auf Barrierefreiheit angewiesen ist, muss man viel Glück und ein hohes

Einkommen haben. Ältere Menschen sehen dann keinen Ausweg, als in ein Heim zu ziehen. Anstatt dieser fatalen Entwicklung mit Fördermitteln, Konzepten und Initiativen zum Bau von bezahlbaren Wohnungen entgegenzusteuern, überlassen Rat und Verwaltung den Wohnungsbau privaten und gewerblichen Investoren, denen vor allem ihre Rendite am Herzen liegt. Nur die Kommune kann für gemeinwohlorientierten Wohnraum sorgen! Autorengruppe

Sag „JA“ zur IGS im Heidekreis

(K)eine Schule für ALLE?!

Will die Kreistagsmehrheit Eliteteilung und Sitzenbleiben, zweites Gymnasium in Walsrode und geteiltes Schulsystem? Wir wollen endlich eine integrierte Gesamtschule! Heidekreis-Bildungsberichte zeigen, dass viele Kinder vom Gymnasium „abgeschult“ werden und kaum jemand „aufschult“.

Selektieren von 10jährigen ist falsch, weil Kinder sich entwickeln. Das Kind muss nicht zur Schule passen, sondern die Schule zum Kind. IGSSen bieten Nicht-privilegierten Chancen. Hier machen auch ArbeiterInnenkinder ein qualifiziertes Abitur. Durch individuelles Fördern, Projektunterricht, Lernberatung

wird der bestmögliche Abschluss erreicht. Mangels einer Heidekreis-IGS flüchten schon 70 Kinder zur IGS Mellendorf. Die Schule Bomlitz wird eh neu gebaut und kann IGS werden. Jetzt das Beste für alle Kinder! www.igs-oyten.de H-D Charly Braun (ehem. Schulleiterin der IGS-Linden)



IGS-Werbung am 4.2.21 vor dem Landkreis Foto: H. Maneke

Akkurat für Azubis

PowerPoint + Infos



Was dürfen Chefs nicht und wo müssen Azubis aufpassen? Wer's wissen will, fordert kostenlos unsere PowerPoint unter rr.rg@gmx.de: „Was darf ich eigentlich in der Ausbildung?“ Sie enthält kurze akkurate Infos, einige Videos und kann auch in Teilen gezeigt werden – ideal nicht nur für den Unterricht. Zusätzlich gibt's jede Menge Infos im Portal der work+life digital: <https://workandlife-heidekreis.de/company/223/deutscher-gewerkschaftsbund-dgb>

Was passiert im Gesundheitssystem?



Unsere Krankenhäuser und ihre Beschäftigten sind kein Spielzeug!



Beschäftigte des städtischen Klinikums Lüneburg fordern mehr Personal

Foto: Robert Kirschner

„Bis zu 40 Kliniken in Niedersachsen droht das Aus“ – so lautete eine Schlagzeile in der Ausgabe der Elbe-Jeetzel-Zeitung vom 21. Januar 2022. Wie ist es um die Krankenhauslandschaft in Niedersachsen bestellt? Welche Forderungen stellt die Gewerkschaft ver.di an ein neues Krankenhausgesetz, das noch in dieser Legislaturperiode beschlossen werden soll? Krankenhausplanung muss eine hochwertige Versorgung in der Fläche gewährleisten, sie muss Tarifbindung, Arbeitsbedingungen und die Einhaltung von Personalvorgaben berücksichtigen. Weder Krankenhausschließun-



Die Berichte aus den Kliniken in Celle und Dannenberg auf den folgenden Seiten spiegeln exemplarisch verschiedene Aspekte dieser Probleme. Eine kleine Klinik mit 106 Belegbetten im strukturschwachen Landkreis Lüneburg-Dannenberg und ein mittelgroßes Krankenhaus nahe der Landeshauptstadt Hannover. So unterschiedlich diese Häuser sind – die Berichte über die Problemlagen im Bereich der Personalausstattung (EJK Dannenberg) bzw. im Bereich der Finanzierung der patientenfernen Bereiche werfen ein Schlaglicht auf die

finanziellen Missstände unseres Gesundheitssystems. Aktuell gibt es weder eine gesetzliche Vorgabe für eine vernünftige Personalausstattung, noch einen Schutz der Beschäftigten in den Arbeitsbereichen Küche, Logistik und Transport vor Lohndumping und Ausgliederung. „Alles muss sich rechnen“ - ist zur beherrschenden Devise im klinischen Alltag geworden, mit negativen Folgen für Patient*innen und Beschäftigte. Ge-

gen diese Rahmenbedingungen zu kämpfen, kleine Erfolge durch Tarifverträge oder Gerichtsurteile zu erringen, dieser Aufgabe verschreiben sich jeden Tag viele Mitglieder zusätzlich zu ihren herausfordernden beruflichen Aufgaben. Sie brauchen dabei die Unterstützung der gesamten Gesellschaft. Nur so haben ihre Anstrengung auf lange Sicht eine Chance auf Erfolg.

Robert Kirschner (ver.di Lüneburg)



Gesundheit ist keine Ware

Was hat Personalentwicklung in deutschen Krankenhäusern mit der Situation der Beschäftigten in Küche, Transport und Logistik des AKH Celle zu tun?



Demo anlässlich der Sitzung des neuen Aufsichtsrates im AKH Celle

Foto: Jürgen Ehler

Ärztmangel im Krankenhaus war vor 15 Jahren ein großes Thema. Gemeinsame Interessen von Krankenhausgeschäftsführern, Marburger Bund und Ärztekammern beseitigten das Problem. Und das ist gut so!

Pflegenotstand im Krankenhaus beschäftigt uns mit Recht seit 30 Jahren. Wirtschaftsdruck, Fallpauschalen und unzureichende Investitionsförderung lassen die Schere zwischen steigenden Fallzahlen und Zahl der Pflegekräfte immer weiter aufgehen – die Be-

lastung nimmt ständig zu. Das ist schlecht!

Outsourcing Die Zahl der Beschäftigten in Küche, Reinigung und Logistik hat nicht um 40% abgenommen, wie die Grafik vermuten lässt. Die Kolleginnen und Kollegen sind nur keine Mitarbeitenden der Krankenhäuser mehr. Sie wurden in Tochtergesellschaften ausgelagert oder die Aufgaben wurden komplett fremdvergeben.

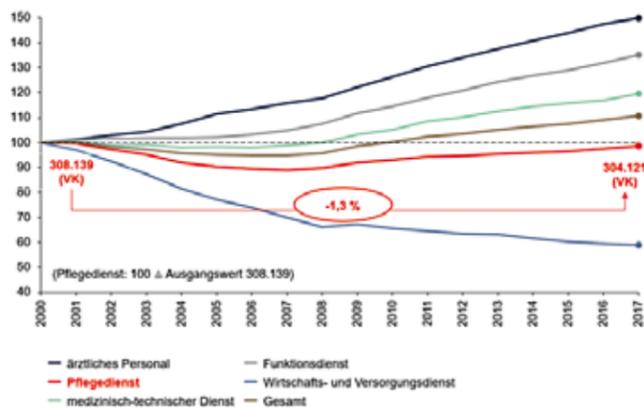
Die Folgen: Schmerzliche Gehaltseinbußen bei Beschäftigten in den untersten Entgeltgruppen, Verlust der Tarifbindung und der betrieblichen Altersversorgung, Ausgrenzung aus der Stammbesellschaft und im schlimmsten Fall Verlust des Arbeitsplatzes. Zum Jahreswechsel 2020/2021 wurden die Kolleg*innen der tertiären Bereiche des AKH Celle vor folgende Alternative gestellt: Entweder einen Auflösungsvertrag mit dem Krankenhaus unterschreiben und dem Wechsel in Tochtergesellschaften zustimmen oder die Kündigung des

Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitgeber erhalten. Mehr als 20 Beschäftigte verweigerten das „Angebot, das man nicht ablehnen kann“ (Marlon Brando in „Der Pate“) und erhielten die Kündigung. In vier Kündigungsschutzprozessen sprach der Arbeitsrichter am 28.07.2021 ein klares Urteil (Zitate): „Die streitbefangene Kündigung ist rechtsunwirksam, weil sie auf einem rechtsmissbräuchlichen unternehmerischen Konzept beruht, welches kein dringendes betriebliches Erfordernis i.S.v. § 1 Abs. 2 KSchG

darstellt ...“ Und weiter: „Bei Zugrundlegung dieser Wertungsmaßstäbe kommt man vorliegend nicht umhin, die hier zugrundeliegende unternehmerische Ausgliederungsentscheidung auf die beiden Servicegesellschaften als jeweils rechtsmissbräuchlich im Sinne der Rechtsprechung des BAG zu qualifizieren ...“

Die Berufungen beim Landesarbeitsgericht hat das AKH inzwischen zurückgezogen. Damit erlangten diese Urteile Rechtskraft. Jetzt entscheiden Geschäftsführung und Aufsichtsrat, ob sie am Rechtsmissbrauch festhalten oder die Auslagerung zurücknehmen. Es geht um die Frage des Respekts gegenüber der Judikative als dritter Staatsgewalt. Es geht um grundsätzliche Fragen, wie die freie Wahl des Arbeitsplatzes gemäß Artikel 12 unseres Grundgesetzes. Und es geht um die Frage, ob finanzielle Gründe Lohnraub rechtfertigen.

Dr. Ernst-Günther Mörse (AKH Celle)



Personalentwicklung in deutschen Krankenhäusern Grafik: www.oberender.com

„Pflegefall“ Krankenhäuser

Der Kampf um höhere Löhne und eine bessere Personalausstattung in der Elbe-Jeetzel-Klinik Dannenberg



Am 25.10.2021 gelang es der ver.di Tarifkommission der Elbe-Jeetzel-Klinik (EJK) einen Tarifabschluss für den Großteil der Beschäftigten der Klinik zu verhandeln. Die Tarifkommission kämpfte länger als ein Jahr für diesen Abschluss, den Durchbruch brachte eine Streikankündigung für November 2021.

Mit diesem Abschluss verbessert sich die finanzielle Lage für die Beschäftigten der EJK. Seit dem 1. Januar 2022 werden die Löhne des Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes (TVÖD) gezahlt und zwar bereits die Tabellenentgelte, die für den gesamten Bereich des TVÖD erst ab dem 1. April 2022 gelten werden. Rückwirkend wurde für die Zeit der Tarifverhandlungen eine steuer- und sozialabgabenfreie Corona-Sonderzahlung von 750,- Euro pro Vollzeitstelle vereinbart. Also alles „eitel Sonnenschein“ in der EJK Dannenberg? Nur sechs Wochen später erreicht die Beschäftigten folgende Nachricht: Die Beteiligungsgesellschaft CAPITON plant Anteile der EJK zu erwerben. Was bedeutet dieser erneute (Teil-)Verkauf der Klinik

für die Beschäftigten und für die medizinische Versorgung der Bevölkerung? Es ist bekannt, dass Private Equity Beteiligungsgesellschaften mit der Absicht der Profitmaximierung investieren. Dies bedeutet, dass CAPITON die Klinik so bald wie möglich mit maximalem Gewinn weiterverkaufen wird. Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre mit etlichen Verkäufen der Klinik an verschiedenste Eigentümer wurde diese Nachricht in der Belegschaft mit großer Skepsis aufgenommen.

Die angespannte personelle Situation im Krankenhaus spitzt sich in vielen Bereichen weiter zu. Zusätzliche Präventionsmaßnahmen und die Behandlung von Covid19-Patienten stellen alle Beteiligten vor extreme Herausforderungen. Die Belastungen im Pflegebereich haben aufgrund der ohnehin sehr dünnen Personaldecke weitere krankheitsbedingte Ausfälle zur Folge. Ein Teufelskreis.

Am 15. Dezember 2021 tagte der Beirat der EJK. Zeitgleich organisierte die Bürgerinitiative „Unsere Gesundheit – unser Krankenhaus“ eine Mahnwache gegenüber der EJK zur Unter-

stützung der Beschäftigten. Darüber berichtete die Elbe-Jeetzel Zeitung am 20.12.21. Anders als dort zu lesen war, wird die Situation in der Pflege von den Kolleginnen und Kollegen sehr wohl als personal- und patientengefährdend und auch als prekär empfunden.

Die Bürgerinitiative wird künftig jeden 1. Mittwoch im Monat Mahnwachen organisieren, um auf die angespannte personelle Situation im Bereich der Pflege in der EJK hinzuweisen.

Der Geschäftsführung der EJK wurde ein Banner übergeben. Die Beschäftigten richten mit ihrem Porträt und dem Hilferuf „WIR SIND AM ENDE – WIR BRAUCHEN MEHR HÄNDE“ den

dringenden Appell an die Klinikleitung, den Ernst der Lage endlich zu erkennen, einen Entlastungstarifvertrag abzuschließen und mit der Einstellung von Pflegefachkräften zu reagieren.

Unser Appell an alle Leser – nutzen Sie die Möglichkeiten der Unterstützung für die Beschäftigten im Gesundheitswesen! Gründen Sie, oder beteiligen sie sich an Bürgerbündnissen, aktivieren Sie ihre politischen Kontakte, sprechen sie Beschäftigte oder Gewerkschaften vor Ort an. Denn nur gemeinsam wird eine Verbesserung der Situation der Beschäftigten im Gesundheitswesen möglich sein.

Kerstin Wullschläger-Röhrich (EJK Dannenberg)



Übergabe des Banners an die Geschäftsführung der Elbe-Jeetzel-Klinik Dannenberg Foto: ver.di

DGB
1. GEMEINSAM ZUKUNFT GESTALTEN. 2022
Deutscher Gewerkschaftsbund

12 Euro Mindestlohn ...

90.000 Beschäftigte in der DGB-Region profitieren



Foto: Gewerkschaft NGG

Wer wenig verdient, hat ab 1. Oktober erheblich mehr im Portemonnaie: Die Ampel-Koalition in Berlin plant einen deutlich höheren gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde – 2,40 Euro mehr als bislang.

Allein in Nordostniedersachsen profitieren davon rund 90.000 Menschen – das sind gut 20 Prozent aller Beschäftigten. Darauf weist die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) hin und beruft sich auf eine Analyse des Pestel-Instituts aus Hannover.

Danach arbeiten in den Kreisen Lüneburg, Uelzen, Harburg, Lüchow-Dannenberg und dem Heidekreis derzeit 15.370 Beschäftigte zum Mindestlohn von aktuell lediglich 9,60 Euro pro Stunde. Weitere 53.980 Menschen liegen zwar darüber, verdienen aber trotzdem weniger als 12 Euro.

„Die Anhebung des Mindestlohns zum 1. Oktober auf 12 Euro ist ein Meilenstein. Damit werden in der Region die Einkommen vieler Beschäftigter deutlich steigen – insbesondere in Hotels, Gaststätten, Bäckereien oder Fleischereien. Hier arbeiten Beschäftigte häufig zu Löhnen, die zum Leben nicht reichen – auch weil Unternehmen ausgehandelte Tarifverträge unterlaufen“, sagt Steffen Lübbert, Geschäftsführer der NGG-Region Lüneburg.

Die Gewerkschaft NGG fordert die neue Bundesregierung nun auf, die Erhöhung des Mindestlohns umzusetzen. „Ziel von SPD, Grünen und FDP muss es sein, den 12-Euro-Stundenlohn ohne die jetzt laut werdenden Änderungswünsche von Arbeitgeberverbänden hinzubekommen. Vom Kellner bis zur Bäckerin – wer jeden

Cent zweimal umdrehen muss, um seine Miete bezahlen zu können, für den zählt jeder Monat“, betont Lübbert. Die NGG hatte sich schon seit Jahren für einen gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro starkgemacht.

Die Erhöhung des Mindestlohns käme nicht nur Geringverdienern zugute, sondern auch der regionalen Wirtschaft: Nach Angaben des Pestel-Instituts würde die Kaufkraft in den oben genannten Kreisen um rund 140 Millionen Euro pro Jahr steigen und den Unternehmen höhere Umsätze bescheren. „Wer ohnehin ein eher geringes Einkommen hat, kann meist nichts davon auf die hohe Kante legen. Damit fließt fast jeder Euro, den Mindestlohn-Beschäftigte am Monatsende extra haben, in den Konsum. Ein Großteil davon wird vor Ort ausgegeben. Beim Restaurant- oder Kinobesuch – oder, um

etwas Neues für den Haushalt anzuschaffen“, so Lübbert.

Eine kräftige Anhebung der Lohnuntergrenze sei auch mit Blick auf die aktuell hohe Inflationsrate wichtig. „Wenn der Mindestlohn schnell auf 12 Euro klettert, dann hätten Beschäftigte trotz der Preissteigerung de facto deutlich mehr in der Tasche“, erläutert der Gewerkschafter.

Der Chef der NGG-Region Lüneburg appelliert nicht nur am 1. Mai an die heimischen Bundestagsabgeordneten, der geplanten Mindestlohn-Erhöhung in Berlin zuzustimmen: „Dass nach einem jahrelangen Ausufer des Niedriglohnsektors Menschen wieder besser von ihrer Arbeit leben können, sollte keine Frage des Parteibuchs sein. Es ist in einem reichen Land wie Deutschland überfällig.“

Steffen Lübbert (NGG)

#MehrBrauchtMehr

Unser gemeinsamer Kampf für eine Aufwertung!

Seit Frühjahr findet bundesweit in zahlreichen Betrieben und Einrichtungen eine Auseinandersetzung über die Aufwertung von Berufen in der Sozialen Arbeit und der Erziehung statt. Ein Arbeitskampf der nicht nur die Beschäftigten in den Berufen berührt, sondern auch Menschen in der Region rund um Lüneburg und bundesweit.

Im Sozial- und Erziehungsdienst arbeiten über 80 Prozent Frauen, etwa in Kitas, in der Behindertenhilfe oder Sozialen Arbeit. Es sind Bereiche, in denen weitaus schlechter bezahlt wird, als beispielsweise in der Industrie. Altersarmut ist für diese Menschen

bereits Realität. Die Tätigkeit in Kitas, in der Kinder- und Jugendarbeit oder in der Behindertenhilfe, ist eine höchst anspruchsvolle Arbeit. Sie ist zudem psychisch und körperlich belastend. Sie ist gesellschaftlich nicht wegzudenken. Sie ist so wichtig, wie Berufe in der Justiz, der Umwelt, den Schulen und Industriebetrieben. Denn es ist nicht nur eine Arbeit mit Menschen, sondern auch für Menschen, für Familien, für Arbeitgeber:innen und für Politiker:innen. Eine Tätigkeit die aufgewertet und besser entlohnt werden muss.

Die Corona-Pandemie hat den Wert der Arbeit deutlich bestätigt; blieb medial jedoch hinter

den Berichten aus den Krankenhäusern oder Schulen zurück. Tägliche Arbeit unter erschwerten Bedingungen, immer der Gefahr ausgesetzt sich am Arbeitsplatz anzustecken. Kinder und körperlich oder psychisch eingeschränkte Menschen, welche teilweise erst wieder an den Alltag in der Einrichtung gewöhnt werden mussten.

Die Tätigkeit sollte unter Arbeitsbedingungen geleistet werden, unter denen Menschen sicher und qualitativ gut arbeiten können. Unter einer Vergütung, die dem Wert der Arbeit gerecht wird, nicht nur in dieser Tarifrunde. Die ersten Verhandlungen sind am 25.02. gestartet. Zwei



weitere sind fest eingeplant. Bis Mitte Mai könnte ein hoffentlich großartiges Ergebnis stehen. Wer bereits 2015 oder in der TVöD-Runde 2020 dabei war, weiß: Das wird keine einfache Tarifrunde.



Das soll jedoch nicht abschrecken. Im Gegenteil, zahlreiche (digitale) Veranstaltungen mit vielen Kolleg:innen in den letzten Monaten und Wochen zeigen die Entschlossenheit der Kolleg:innen und der Wille nach einer spürbaren Aufwertung. Kämpferische Aktionen und Arbeitskämpfe, welche die ersten Verhandlungen begleitet haben, liegen hinter uns. Ob weitere Folgen werden liegt in der Hand der Arbeitgeber:innen.

Heiko Groppe (Sozial- und Erziehungsberufe, ver.di)



Mehr braucht Mehr – Zahlreiche Kolleg:innen beim Arbeitskampf in der Tarifrunde 2015

Fotos: ver.di

Bürger, nicht Untertan wollen wir sein ...

Betriebsratswahlen in allen Betrieben unserer Region

In diesen Tagen und Wochen wählen die Beschäftigten in den Betrieben ihre Betriebsräte. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind aufgerufen sich zu beteiligen und so für eine starke Interessenvertretung in ihren Betrieben zu sorgen.

Betriebsratswahlen finden alle vier Jahre im Zeitraum vom 1. März bis zum 31. Mai statt. Aktuell haben 41 Prozent der Beschäftigten in privatwirtschaftlichen Betrieben einen Betriebsrat an ihrer Seite.

In Deutschland regelt seit 1952 das Betriebsverfassungsgesetz die Mitbestimmung im Betrieb und weitere Gesetze die Mitbestimmung von Beschäftigten, unter anderem in den Aufsichtsräten großer Unternehmen. „Die Mitbestimmung in den Betrieben gehört zur DNA der

„BÜRGER, NICHT UNTERTAN WOLLEN WIR SEIN! WOLLEN MITRATEN, MITTATEN UND MITVERANTWORTEN IN ALLEN WICHTIGEN DINGEN DES LEBENS DER GEMEINSCHAFT. VOR ALLEM IN DEN ANGELEGENHEITEN DER WIRTSCHAFT UNSERES VOLKES.“

Hans Böckler (erster Vorsitzender des DGB)

demokratischen Teilhabe. Sie ist ihr demokratisches Gestaltungsprinzip“, sagt Lennard Aldag, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Celle-Lüneburg. Es ist belegt, dass Betriebsräte für bessere Arbeitsbedingungen sorgen und Mitbestimmung gleichzeitig dem gesamten Unternehmen nützt. Firmen mit Betriebsrat sind beispielsweise produktiver

und innovativer, sie tun mehr für Aus- und Weiterbildung. Und die Finanz- und Wirtschaftskrise vor über einem Jahrzehnt haben mitbestimmte Unternehmen deutlich besser bewältigt als andere. Und auch in der Corona-Pandemie regeln Betriebsräte – oft unter schwierigen Umständen, die Bedingungen unter denen gearbeitet wird. Sie verhandeln z.B.

Aufzahlungsregelungen bei Kurzarbeit und wehren sich gegen Personalabbau oder gegen den Ausbau prekärer Beschäftigung. Im Organisationsbereich der IG Metall gibt es derzeit bundesweit mehr als 10.500 Betriebsratsgremien mit ca. 77.470 Betriebsratsmitgliedern. Davon auch viele im Bereich der IG Metall Celle-Lüneburg. „Das sind alles Kolleginnen und Kollegen, die sich ehrenamtlich für die Rechte und Arbeitsbedingungen ihrer Belegschaften einsetzen. Sie sind nicht nur Kümmerer, Blitzableiter und Experten, sondern oft auch Krisenmanager, Vermittler und Sozialarbeiter. Sie haben unseren Respekt und unsere Solidarität verdient. Vor diesen Kolleginnen und Kollegen ziehe ich meinen Hut.“

Joachim Fährmann (IG Metall)



BR und IG Metall bei Musashi in Lüchow kämpfen um die Zukunft ihres Werkes

Foto: IG Metall

Schule der Zukunft: Schule ohne Personal?

Fachkräftemangel im Bildungsbereich beheben!

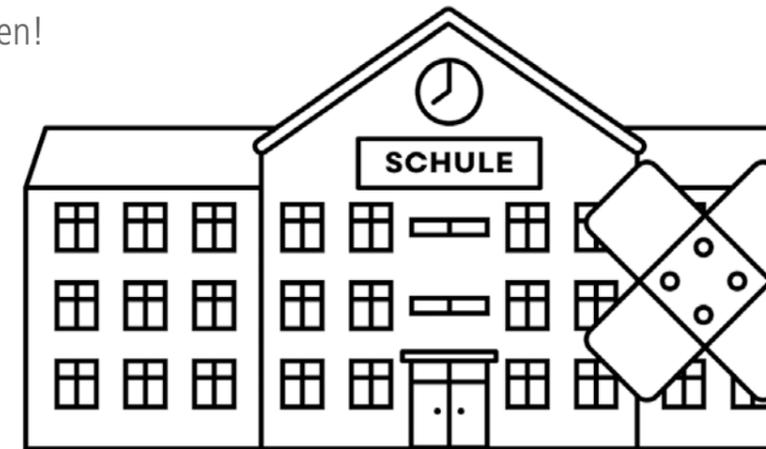
In einer pädagogisch gut aufgestellten heutigen Ganztagschule arbeiten neben Lehrkräften unterschiedlicher Fachrichtungen u.a. Sozialpädagog*innen, Erzieher*innen und therapeutische Fachkräfte in multiprofessionellen Teams zusammen.

Diese moderne und zeitgemäße Personalausstattung gerät mehr und mehr in Schieflage, da es an Fachkräften für alle Bereiche mangelt. Die Corona-Pandemie hat die Entwicklung verschärft und lässt sie noch deutlicher zu Tage treten. Die Personaldecke ist so dünn, dass z.B. im Krankheitsfall auch kurzfristige Ausfälle nur mühsam vertreten werden können, längerfristigen Ersatz gibt es kaum noch.

Neu ist der Personalmangel aber nicht, er ist seit mehreren Jahren zu beobachten. Mittlerweile sind nicht mehr nur die Schulen im ländlichen Raum betroffen, zunehmend wird es auch im beliebten Lüneburg schwerer, Stellen zu besetzen. Grundschulen, Oberschulen, Realschulen,

Hauptschulen, Gesamtschulen und Berufsschulen finden einfach kein Personal mehr. Ganz zu schweigen von der Situation an den Förderschulen, wo die Unterrichtsversorgung durch den Personalmangel auf ein skandalöses Niveau sinkt. Das wirkt sich zwangsläufig auch auf die sonderpädagogische Förderung in der inklusiven Schule aus. Lediglich im gymnasialen Bereich stehen in der Regel genügend Bewerber*innen zur Verfügung - solange es nicht um „Mangelfächer“ geht.

Strategien, um diesem eklatanten Mangel entgegenzuwirken hat die Politik offensichtlich nicht. Das Kultusministerium ist dazu übergegangen, nur noch so viele Stellen auszuschreiben, wie auch Bewerber*innen vermutet werden – von bedarfsgerechter Planung kann keine Rede sein. Wenn also Minister Tonne davon spricht, (fast) alle ausgeschriebenen Stellen besetzt zu haben, grenzt das schon an Zynismus – der tatsächliche Bedarf ist um ein Vielfaches höher. In den Land-



kreisen werden die vorhandenen Lehrkräfte durch zeitweilige, vorübergehende Abordnungen so lange hin und her geschoben, bis an allen Schulen in etwa dasselbe Fehl herrscht. So wird eine kontinuierliche Arbeit immer schwieriger. Die Qualität von Unterricht und Schulleben sinkt zwangsläufig und Bildungschancen werden immer ungleicher. Ebenso steigt die Arbeitsbelastung der vorhandenen Kolleg*innen, die das Fehl ausgleichen und auf Expertise verzichten müssen.

Gewerkschaftliche Forderungen sind schon seit längerem, die Studienkapazitäten und die Attraktivität der Stellen zu erhöhen, z.B. durch gleiche Bezahlung für gleiche Studienabschlüsse (A13/E13 für alle Lehrämter). Außerdem müssen endlich die Ergebnisse der GEW-Arbeitszeitstudie berücksichtigt werden: Die Unterrichtsverpflichtung muss gesenkt werden, wir brauchen mehr Anrechnungsstunden für besondere Belastungen und die Altersermäßigung im einst versprochenen Umfang zurück. Planstellen für Sozialpädagog*innen und Pädagogische Mitarbeiter*innen müssen an jeder

Schule vorhanden sein und nicht nach dem Gießkannenprinzip auf die Landkreise verteilt werden. Auch diese Stellen müssen attraktiver werden, denn auch hier fehlt es an qualifizierten Bewerber*innen. Das Land muss sich endlich vom befristeten und prekären Vertragswesen der Pädagogischen Mitarbeiter*innen im Ganztags und in den Verlässlichen Grundschulen verabschieden und diese Stellen in Planstellen mit der Möglichkeit zur Vollzeitbeschäftigung umwandeln, sowie den ungelerten Kolleg*innen eine berufsbegleitende Qualifizierung anbieten.

Die Monate im Distanzlernen während der Pandemie haben gezeigt, dass Kinder und Jugendliche die echte Schule und die Begegnung mit echten Menschen brauchen, um – wie im niedersächsischen Schulgesetz formuliert – zu selbstbestimmten, stabilen und politisch mündigen Bürger*innen heranzuwachsen. Lasst uns die Schulen so ausstatten, dass die dort Tätigen diesem Auftrag nachkommen können!

Karina Krell & Rani Benter (Vorsitzende/stellvertretende Vorsitzende, GEW Bezirksverb. LG)



Karina Krell und Rani Benter, seit 2021 neue GEW-Bezirksvorsitzende und Stellvertreterin.

Foto: Maren Reese-Winne

DGB

MAIveranstaltungen



1. MAI

TAG DER ARBEIT

TAG DER ARBEITER*INNENBEWEGUNG

INTERNATIONALER KAMPFTAG

DER ARBEITERKLASSE

MAIFEIERTAG



LÜNEBURG



Demonstration: 10 Uhr Theatervorplatz/Lindenstr.

Kundgebung: 10.30 Uhr auf dem Lambertiplatz

Begrüßung: Dr. Matthias Richter-Steinke, Geschäftsführer, DGB-Region Nord-Ost-Niedersachsen

Redner: Jan Orbach, Geschäftsführer ver.di Bezirk Hannover – Heide – Weser

Live-Musik: Lüneburger Schrottrommler, Band „Schön Dick Butter“

Sonstiges: Informationen von Gewerkschaften, Initiativen und Vereinen

UELZEN



Kundgebung: 11:00 Uhr Herzogenplatz

Begrüßung: Jürgen Roglin, Vorsitzender DGB Kreisverband Uelzen

Rednerin Juliane Fuchs, ver.di Bezirk Hannover – Heide – Weser, sowie **Live-Musik**

Sonstiges: Informationen von Gewerkschaften, Initiativen und Vereinen

LÜCHOW-DANNENBERG



Demonstration: 10.00 Uhr ab Seerauer Straße (team Tankstelle)

Kundgebung: 11:00 Uhr Marktplatz

Begrüßung: Friedhelm Korth, Vorsitzender DGB-Kreisverband Lüchow-Dannenberg

Rednerin: Dirk Eilert, IG BAU Bezirksverband Nordost-Niedersachsen, Hannover; Redebeiträge von Gewerkschafter*innen und Vertreter*innen sozialer Bewegungen sowie **Musik**

Sonstiges: Informationsstände von Gewerkschaften, Initiativen und Vereinen sowie dem 1. Mai-Bündnis Lüchow

CELLE



Kundgebung: 11.00 Uhr Triftwiesen

Begrüßung: Dirk Garvels, Vorsitzender DGB Kreisverband Celle

Redebeiträge von Gewerkschafter*innen und Vertreter*innen sozialer Bewegungen sowie **Musik**

Sonstiges: Informationsstände von Gewerkschaften, Initiativen und Vereinen

SOLTAU



Gedenken an Nazi-Überfall auf das ArbeiterInnen-„Volkshaus“ vom 2.Mai 1933: 9.15 Uhr am Alten Volkshaus (neben C&A)

Kundgebung: 9:30 Uhr im Hagen

Begrüßung: H-D Charly Braun, Vorsitzender DGB Kreisverband Heidekreis

Redebeiträge von Gewerkschafter*innen und Vertreter*innen sozialer Bewegungen

Live-Musik: Tom Kirk

Sonstiges: Informationsstände von Gewerkschaften, Initiativen und Vereinen

IMPRESSUM

Verantwortlich:

Deutscher Gewerkschaftsbund · Region Nord-Ost-Niedersachsen
Heiligegeiststraße 28 · 21335 Lüneburg · Telefon 0 41 31-22 33 96 0

Presseverantwortlich:

Dr. Matthias Richter-Steinke, Regionsgeschäftsführer

Satz/Gestaltung: Andrea Schlüsselburg, Walsrode

Kontakte der Gewerkschaften vor Ort unter:
<http://nordostniedersachsen.dgb.de>

